

Hoher: Die Rechnung der grünen Wolfspolitik wird immer höher

Zwei positive Entwicklungen und eine schlechte Nachricht.

In der Plenardebatte auf Antrag der FDP/DVP-Fraktion „Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schutzstatus des Wolfs“ äußerte sich der artenschutzpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Klaus Hoher**, wie folgt:

„Die Meldung aus Straßburg, den Schutzstatus des Wolfs gemäß der FFH-Richtlinie von ‚streng geschützt‘ auf ‚geschützt‘ zurückzustufen, ist die erste gute Nachricht für alle Landwirte und Weidetierhalter in Baden-Württemberg. Seit Jahren betone ich, dass wir dringend praxistauglichere Regelungen für den Umgang mit Wölfen brauchen. Leider bleibt die Zahl der durch Wölfe getöteten und verletzten Nutztiere seit Jahren auf einem viel zu hohen Niveau. Doch auf Landesebene fehlt weiterhin die Einsicht, zu einem realistischen Umgang mit dem Wolf zu kommen.

Die zweite gute Nachricht ist: Auch wir im Land können mehr tun. Wir brauchen endlich ein neues Wolfsmanagement, das ortskundige Jägerinnen und Jäger schneller einbindet. Die Aufnahme des Wolfs ins Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ist aus meiner Sicht längst überfällig. Damit würden wir eine rechtlich solide Basis für Monitoring und Management schaffen und könnten regionale Besonderheiten gezielter berücksichtigen.

Doch die schlechte Nachricht ist: Das Land gibt immer mehr Geld für den Schutz vor Wölfen aus. Seit 2018 wurden bereits rund 21 Millionen Euro für Herdenschutzmaßnahmen aufgewendet. Hinzu kommen zahlreiche weitere Kosten für Ministerien, Behörden, Überwachung und Verwaltung. Für nur vier Wölfe ist das ein viel zu hoher finanzieller Aufwand. Wir wollen endlich Klarheit darüber, was der Wolf uns wirklich kostet. Deshalb haben wir heute den Antrag ‚Was kostet der Wolf den Steuerzahler?‘ gestellt.“